

Antrag für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 11. Dezember 2023

Koordinierungsstelle psychosoziale Beratung

Aufgrund der stetig wachsenden Herausforderungen und Aufgaben hat sich die Arbeit der Sicherheitskräfte im Laufe der Zeit verändert, birgt vermehrt Gefahren und nicht selten belasten die Erfahrungen des Alltages die Psyche der Polizistinnen und Polizisten sowie aller Rettungsdienstleister. Dazu zählen Gewalt gegen Beschäftigte der Polizeibeamte oder Feuerwehr, sowohl physischer Art in Form von körperlichen Angriffen und Auseinandersetzungen wie auch psychischer Art in Form von verbalen Entgleisungen, Beschimpfungen bis hin zu Androhung körperlicher Straftaten gegenüber den Sicherheitskräften, als auch belastende Einsatzsituationen oder herausragende Straftaten, z. B. bei der Beteiligung von Minderjährigen. Um diesen zunehmenden Belastungen zu begegnen und die Gesundheit zu schützen, ist eine psychosoziale Koordinierungsstelle wichtig und richtig.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit möge beschließen:

Der Dezernent wird aufgefordert, zu den nächsten Stellenplanberatungen die Einrichtung einer Koordinierungsstelle einzuplanen und eine Stellenbeschreibung vorzubereiten, die die psychische Beratung von Polizei und Rettungskräften beinhaltet.

Sönke Allers
Martina Kirschstein-Klingner
SPD-Fraktion

Thorsten Raschen
Astrid Milch
CDU-Fraktion

Prof. Dr. Hauke Hilz
Bernd Freemann
FDP-Fraktion